Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut zurzeit gültigem Tarif Nr. 4. — Nachweisungs-Gebühr 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingetrieben werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 206

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 177 — 94. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 1. August 1935

Kleine Randbemerkungen.

50 000 dänische Bauern marschierten in Kopenhagen auf dem Schloßplatz auf, um durch diese Massenkundgebung der Forderung auf Beseitigung der Notlage des Bauerntums energisch Nachdruck zu verschaffen. — Das Deutschland vor 1933 hat ähnliche Demonstrationen erlebt, als die schwarze Bauernfahne vorangetragen wurde und Menschen in ihrer wirtschaftlichen Verzweiflung keinen anderen Ausweg mehr wußten, als sich mit Mitteln der Gewalt der Not entgegenzustemmen. Ein System, das deutsches Bauerntum dem Untergang entgegentrieb, das rücksichtslos aus dem deutschen Bauern Steuern herauspreßte, ohne für seine Existenz etwas zu tun, war schuld an diesen Verzweiflungstaten von Menschen, die ihrer Natur nach schwerblütig sind. — Schleswig-Holstein, das deutsche Land, in dem die schwarze Bauernfahne zuerst umging, in dem es zu den schärfsten Zusammenstößen zwischen den Bauern und dem Novembersystem gekommen war, grenzt an Dänemark. Die Lage des Bauerntums ist dort in vieler Hinsicht nicht unähnlich. Demonstrativer kann die Hetzarbeit der Gegner des neuen Deutschlands nicht zurückgewiesen werden, wenn in Kopenhagen 50 000 durch die Not erregte Bauern aufmarschieren, in Schleswig-Holstein aber, wie in ganz Deutschland, in kürzester Frist durch die Aufbauarbeit Adolf Hitlers eine gesunde Grundlage für den Nährstand der deutschen Nation geschaffen wurde. Der dänische Ministerpräsident Stauning hat die Forderungen der Bauern abgelehnt. Er ist ein alter Marxist, und als solcher opfert er die Bauern unerbittlich, genau so also, wie es einst unsere Systembonzen taten.

*

Die „Feldherren der Weltrevolution", wie sich die Leiter der ausländischen Sektionen der Komintern gern nennen lassen, sitzen immer noch in Moskau zusammen, um den Vormarsch des Kommunismus zu organisieren und sich über den Stand des Weltkommunismus ein Bild zu machen. Im Mittelpunkt der Aussprache steht die Losung „Einheitsfront der kämpfenden Proletarier". Wenn man die „Heeresberichte" der Vertreter aus allen Ecken und Enden der Welt hört, bekommt man eine Vorstellung von dem Fortschreiten der roten Seuche. Das Interessanteste dabei ist aber, daß man als Vorbild für die erstrebte „Einheitsfront" Frankreich hinstellt, jenes Frankreich, dessen Staatsmänner ganz närrisch danach waren, sich Sowjetrußland als Bundesgenossen zu sichern. — Nun, wir müssen es den Verantwortlichen an der Seine selbst überlassen, welche Früchte sie aus dieser Saat ernten. Der 14. Juli hat wohl manchem in Paris die Augen darüber geöffnet, was dieser unnatürliche Bund bereits nach wenigen Monaten eingebracht hat. Der Kommunismus betrachtet die Schlacht in Frankreich bereits als gewonnen. Die Einheitsfront der Roten hat um die französische Hauptstadt eine feste Schlinge gelegt, die sie je nach Bedarf zuziehen werden. Ja, der Kommunismus in Frankreich hat musterhaft gearbeitet, dafür bekam er ein Lob aus Moskau. Dafür wird er als Vorbild für die Kommunisten in aller Welt hingestellt. — Es gibt ein Goethe-Wort: „Die ich rief, die Geister werd' ich nun nicht los." Sollte Frankreich die Wahrheit dieses Wortes erfahren? Oder wollen die Regierungsmänner in Paris die Gefahr übersehen, weil sie in ihrer Furcht vor dem „gefährlichen Nationalsozialismus" mit Blindheit geschlagen sind?

*

Der Stoß gegen den holländischen Gulden scheint vorerst abgefangen zu sein. Die Regierungskrise, die durch die Katholische Partei heraufbeschworen war und zum Rücktritt der Regierung Colijn führte, ist beigelegt. Colijn hat wieder die neue Regierung gebildet, und nicht ein Vertreter der Katholiken. Die waren bei ihrem Versuch sehr schnell gescheitert. Dr. Colijn hat in seiner neuen Regierung mehrere Minister, die von der Katholischen Partei gestellt worden sind. Das bedeutet, daß die Katholiken das neue Kabinett Colijn unterstützen werden. Die Frage ist nun die: Hat Colijn den Katholiken, die eine Abwertungspolitik befürworten, nachgegeben oder hat Colijn sich durchgesetzt, der in jedem Fall den Gulden halten wollte. Fast scheint es, als sei Colijn Sieger geblieben. Der feste Kurs des Gulden spricht dafür. Nicht zuletzt werden die katastrophalen Goldverluste, die die Niederländische Staatsbank in der Krisenwoche erlitten hat, bei der Schlichtung des Währungsstreites geholfen haben, denn nicht weniger als 152½ Millionen Gulden flossen in drei Tagen ab. Diskonterhöhungen waren das beliebte Gegenmittel, das sich aber schon mehrfach als nicht ausreichend erwiesen hat. Davon kann Frankreich ein Lied singen. Aber jetzt scheint ja Beruhigung in Amsterdam eingetreten zu sein. Bleibt abzuwarten, wie die Großindustrie Hollands, die in der Katholischen Partei ihre Vertretung hat und die zur Belebung des holländischen Außenhandels das alte und schon reichlich abgenutzte Mittel der Währungsabwertung befürwortete, sich nun helfen wird.

Abessinienkonflikt vor dem Völkerbund

Spannung in Genf.

Der Völkerbundsrat zur Schlichtung des Abessinien-Konflikts zusammengetreten.

Seit Mittwoch vormittag herrscht in der Völkerbundsstadt Genf wieder reges Leben. Der Völkerbundsrat hat seine mit so viel Spannung und Hoffnung erwartete Tagung aufgenommen, die den drohenden Krieg zwischen Italien und Abessinien in elfter Stunde verhindern soll. Das Thema ist sehr heikel für den Völkerbund, denn er hat wieder einmal Gelegenheit, zu beweisen, ob er Macht hat oder ob er nur ein Scheinleben führt.

Wie immer gehen den Hauptverhandlungen

diplomatische Vorgefechte

voraus. Der italienische Delegierte Baron Aloisi hatte eine längere Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval, der darauf mit dem englischen Minister Eden zusammentraf. Eden sprach dann mit dem abessinischen Vertreter Hawariate und dem Generalsekretär des Völkerbundes. Schließlich fand eine Zusammenkunft zwischen Eden und Aloisi statt.

In der englischen Presse wird zu der Völkerbundsratstagung zum Ausdruck gebracht, daß bei den Besprechungen zwischen Eden und Laval zwischen dem englischen und dem französischen Standpunkt eine weitgehende Übereinstimmung erzielt worden sei und daß sich jetzt vielleicht doch eine Möglichkeit biete, aus der „schwierigsten Lage seit 1914" einen friedlichen Ausweg zu finden. Die englischen Zeitungen setzen dabei ihre Hoffnung auf die „persönlichen Aussprachen" in Genf und vermuten, daß sich Italien und Abessinien zu einer Lösung bereit erklären würden, bei der

Abessinien unter gemeinsames Mandat des Völkerbundes gestellt

werde, etwa entsprechend dem Freistaat Danzig. Abessinien würde dabei seine volle Souveränität behalten und militärische und finanzielle Unterstützung zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung seines Landes genießen, während Italien neben gebietlichen Zugeständnissen die Gewähr für eine friedliche Nachbarschaft ohne weitere Grenzzwischenfälle erhielte und außerdem seine Handelsbeziehungen nach Abessinien entsprechend seinen Wünschen ausbauen könnte. Man nimmt an, daß Abessinien mit dieser Lösung einverstanden sein werde, während Italiens Haltung noch nicht klar sei.

„Daily Telegraph" zufolge hat Italien in London Erkundigungen einziehen lassen, die sich auf Gewährung neuer Handelskredite beziehen. Man glaube aber nicht, daß die Anfragen Erfolg haben würden. Die Londoner Finanzhäuser erblickten gegenwärtig nichts Anziehendes in der Gewährung solcher Kredite, zumal sie möglicherweise direkt oder indirekt für Kriegszwecke Verwendung finden könnten.

*

Kein Völkerbundsmandat.

Wie das Pariser Nachrichtenbüro Havas aus Addis-Abeba meldet, stellt das abessinische Außenministerium die Meldung, wonach dem Kaiser von Abessinien ein Vorschlag zur Errichtung eines internationalen Mandats unter dem Schutz des Völkerbundes unterbreitet worden sei, in Abrede.

In amtlichen Pariser Kreisen glaube man im übrigen nicht, daß Abessinien einen derartigen Vorschlag annehmen werde.

*

Der Verlauf der Ratssitzung.

Nach der Sitzung des Völkerbundsrates traten Laval, Eden, Litwinow und der Generalsekretär des Völkerbundes zu einer Besprechung zusammen, zu der später auch die Vertreter Italiens und Abessiniens hinzugezogen werden sollen.

Ueber die Ratssitzung werden folgende Einzelheiten mitgeteilt: Der italienische Vertreter, Baron Aloisi, bezog sich auf die italienische Darstellung, die in dem Telegramm vom 27. Juli wiedergegeben ist, und erklärte, die italienische Regierung betone nochmals, daß der Gegenstand der gegenwärtigen Ratstagung die Ermöglichung der Wiederaufnahme der Arbeit des Schlichtungs- und Schiedsausschusses sein müsse.

Der Vertreter Abessiniens, Professor Jeze, erklärte, seine Regierung habe den Zusammentritt des Rates verlangt, als am 9. Juli der Beweis erbracht worden sei, daß das Schiedsverfahren keine Aussicht auf Erfolg habe. Schon im Januar d. J. habe Abessinien an den Völkerbund appelliert, um einen Krieg zu verhindern; es werde auch weiterhin alles in seinen Kräften Stehende tun, um zu einer friedlichen Regelung zu gelangen.

Aloisi erklärte, daß er hinsichtlich der Darstellung des abessinischen Vertreters über das Scheitern der Schlichtungsverhandlungen alle Vorbehalte mache.

Eden warf die Frage auf, ob der Rat die Parteien sich auf die Entschließung vom 25. Mai beschränken wollten oder ob der Rat, wenn er es wünscht, seine Tagesordnung erweitern könne.

Hierzu erklärte Ministerpräsident Laval, der Vertreter Italiens habe nicht bestritten, daß der Rat befugt sei, eine Prüfung der neuentstandenen Lage vorzunehmen; er habe jedoch beantragt, der Rat möge seine Prüfung auf die Ereignisse von Ual-Ual beschränken. Der Vertreter Abessiniens habe von einer Ausdehnung der Aussprache nicht gesprochen. Laval beantragte die Anberaumung einer öffentlichen Sitzung auf Donnerstagnachmittag.

Professor Jeze sprach die Auffassung der abessinischen Regierung dahin aus, daß die Aussprache nicht auf das Verfahren beschränkt werden dürfe. Neben dem Schiedsproblem müßten dessen Begleitumstände in Betracht gezogen werden, insbesondere die Haltung der italienischen Regierung. Es frage sich, ob man Zeit gewinnen oder zu einer sachlichen Lösung gelangen wolle. Wolle man sich weiterhin auf Aussprachen über das Verfahren einlassen, die bisher kein Ergebnis gehabt hätten, oder wolle der Rat, wozu die abessinische Regierung gern bereit sei, nach einer friedlichen Lösung suchen? Im übrigen schloß sich der Vertreter Abessiniens dem Vorschlag Lavals an, in Verhandlungen zur Ausarbeitung einer Formel einzutreten.

Aloisi machte geltend, daß die italienische Regierung den Schlichtungs- und Schiedsverfahren eine große Bedeutung beimesse. In ihm müsse festgestellt werden, wer am 15. Dezember in Ual-Ual der Angreifer gewesen sei; der damalige Angriff sei der Ausgangspunkt des gegenwärtigen Streitfalles. Die italienische Regierung könne keine Aussprache auf breiterer Grundlage annehmen, solange die Arbeiten des Schlichtungsausschusses nicht abgeschlossen seien; auch nach der Völkerbundssatzung könne der Rat keinen Streitfall prüfen, der sich in dem Stadium des Schiedsverfahrens befinde. Die italienische Abordnung habe die Möglichkeit einer erweiterten Aussprache nicht in Aussicht genommen. Sie könnte auf der gegenwärtigen Tagung nicht daran teilnehmen. Sie sei aber bereit, mit den Ratsmitgliedern die Möglichkeit zur Wiederingangsetzung des Schlichtungsverfahrens zu prüfen. Auch Aloisi schloß sich dem Vorschlag Lavals an.

Litwinow stellte hierauf als Ratspräsident fest, daß der Vorschlag Lavals die Befugnisse des Rates, der das Recht habe, in den Grenzen der Satzung tätig zu werden, nicht einschränke. Der Rat werde also später jede ihm geeignet erscheinende Entscheidung über den Umfang der folgenden Erörterungen treffen können. Eden erklärte, daß nichts beschlossen worden sei, was die Tagesordnung des Rates für die gegenwärtige Tagung einschränke. Dagegen bemerkte Laval, daß die Entschließung vom 25. Mai bis auf weiteres die Grundlage des Rates bilde. Aloisi erklärte, daß er alle soeben gemachten Vorbehalte aufrechterhalte.

Die abessinische Völkerbundsabordnung erhielt die Anweisung, von den ihr gegebenen Anweisungen nicht abzuweichen. Diese Anweisungen böten bei etwas gutem Willen Italiens noch die Möglichkeit zu einer friedlichen Lösung. Falls Italien die Verhandlungen verlassen sollte, werde die abessinische Abordnung in Genf bleiben und neue Anweisungen erhalten.

*

Englisch-französische Einigung?

Genf, 31. Juli. In den englisch-französischen Besprechungen, die sich an die Sitzung des Völkerbundsrats anschlossen, ist, wie verlautet, eine Einigung der beiden Mächte über gewisse Grundlinien eines Entschließungsentwurfes erzielt worden, der die Regelung des italienisch-abessinischen Streitfalles in die Wege leiten soll. Die Hauptpunkte dieses in Aussicht genommenen Entschließungsentwurfes sind folgende:

1. Eröffnung der Möglichkeit einer neuen Tagung des Schlichtungs- und Schiedsausschusses.
2. Bezugnahme auf die allgemeine Frage der italienisch-abessinischen Beziehungen, wobei sich England, Frankreich und Italien verpflichten sollen, unverzüglich Verhandlungen über den Kern der Frage aufzunehmen, mit dem Ziel, bis zum 25. August eine Einigung herbeizuführen.
3. Verpflichtung Italiens zum Verzicht auf Gewaltanwendung.

Der letztgenannte Punkt soll allerdings zwischen England

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF